

Bündnis für Homburg

**Vereinbarung der Fraktionen
der GRÜNEN, der SPD, der BLB und der NHU
für eine dauerhafte Zusammenarbeit in der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Bad Homburg v.d.Höhe
für die Wahlperiode 2011 bis 2016**

Bad Homburg v.d.Höhe, den 25. Mai 2011

Bündnis für Homburg

Präambel

Dialogbereitschaft

Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der BLB und der NHU haben vereinbart, im „Bündnis für Homburg“ zusammen zu arbeiten und künftig in der Stadtverordnetenversammlung die Leitlinien der Bad Homburger Kommunalpolitik für die Jahre 2011 bis 2016 zu formulieren und umzusetzen. Wir streben einen offenen und konstruktiven Dialog auch mit nicht dem Bündnis angehörenden Parteien an. Das Bündnis lädt die zurzeit nicht am Bündnis beteiligten Politiker in der Stadtverordnetenversammlung zur Zusammenarbeit ein.

Kollegialer Politikstil

Wir haben im Bündnis eine kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit untereinander verabredet, wollen den Oberbürgermeister und die DezernentInnen konstruktiv in ihrer Arbeit unterstützen. Dabei nehmen wir selbstverständlich unseren Auftrag aus der Hessischen Gemeindeordnung ernst, Magistrat und Verwaltung zu kontrollieren und ggfs. korrigierend einzugreifen.

Kommunikation, Information, Offenheit und Partizipation

Wir wollen in unserer Stadtverordnetenversammlung einen anderen Politikstil pflegen, einen Stil, den der Oberbürgermeister bereits seit seinem Amtantritt im September 2009 eingeführt hat. Kommunikation, Information, Offenheit und Partizipation sind unsere Ideale. Wir werden nicht wie bisher, Ideen und Vorschläge nur deshalb ablehnen, weil sie von Parteien kommen, die nicht dem Bündnis angehören. Das Bündnis wird sich neuen Entwicklungen stellen und dabei zukunftsfähige Lösungen aufzeigen. Dabei wollen wir Traditionen bewahren und uns für ein lebens- und liebenswertes Bad Homburg einsetzen. Mit uns soll unsere Stadt bürgerfreundlicher, weiblicher, weltoffener, sozialer, klimaneutraler und umweltfreundlicher werden.

Wir setzen uns ein

Wir setzen uns ein für die Interessen unserer Vereine und Verbände, für den Erhalt unserer schützenswerten Biotop, der herrlichen Natur in den Außenbereichen unserer Stadt, wir wollen streiten für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Einsatz erneuerbarer Energien. Die

Förderung des Sports genießt im Bündnis hohe Priorität. Die Erhaltung unserer Baudenkmäler, die an die Geschichte unserer Stadt erinnern, werden wir fördern. Die Besonderheiten unserer Ortsteile und ihre Geschichte werden bei unseren Entscheidungen wichtige Grundlagen bilden.

Starke Wirtschaft – wir sind dafür

Den Einzelhandel als eine bedeutende Säule unserer Wirtschaftskraft wollen wir unterstützen. Handwerk und Mittelstand Bad Homburgs und der Region fördern wir u.a. durch städtische Aufträge und Programme. Wir sprechen uns für die Stärkung der städtischen Eigenbetriebe wie des Betriebshofes und der Stadtwerke sowie der städtischen Gesellschaften etwa der Kur&Kongreß GmbH durch Erschließung neuer Geschäftsfelder aus. Die Wirtschaft erhält unsere Unterstützung – neue Ansiedlungen vor allem rund um den Bahnhof etwa in neuen „Green Buildings“ wollen wir fördern und die Wirtschaftskraft unserer Stadt erhalten. Als Gesundheitsstandort Bad Homburg fördern wir das Kurwesen mit Sanatorien und modernen Gesundheitsangeboten, mit Kurkliniken und mit Angeboten im vereinsfreien Sport.

Den Homburger Wohnungsmarkt entspannen

Die angespannte Situation auf dem Homburger Wohnungsmarkt werden wir durch die Schaffung preiswerten Wohnraums und eine aktive Wohnungspolitik nachhaltig verbessern. Dabei sollen alle möglichen Instrumente geprüft werden, um die von allen Partnern als notwendig erachtete Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im niederen und mittleren Preissegment, zu erreichen.

Versprechen einhalten

Nach Jahrzehnten nicht eingelöster Versprechen der bisherigen Koalitionsparteien wollen wir endlich der Bad Homburger Jugend und jungen Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und ein umfangreiches Kulturangebot mit der Bereitstellung entsprechender Orte bieten. Die Betreuung von Kindern aller Altersklassen ist dem Bündnis für Homburg ein besonderes Anliegen. Daher werden wir die Angebote vor allem im Bereich der Hortbetreuung für Grundschul Kinder weiter ausbauen, damit Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind. Wir werden uns der demographischen Entwicklung und ihren Folgen stellen und ihnen mit nachhaltigen Maßnahmen begegnen. Unsere Seniorinnen und Senioren werden in uns verlässliche Ansprechpartner finden, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebensbereiche geht. Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, wollen wir gezielt helfen. Die Situation von Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt muss weiter verbessert werden. Das Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Bad

Homburger wollen wir fördern, indem wir eine moderne Zivilgesellschaft unterstützen, die sich neben sozialen Angeboten durch Offenheit und Toleranz sowie durch das Einfordern gemeinsamer Ziele auszeichnet.

Umweltfreundlicher Verkehr

Wir werden den Fragen des Verkehrs und der Mobilität besondere Aufmerksamkeit schenken und alternative Mobilitätskonzepte entwickeln, umsetzen und die Verbesserung der Luftqualität durch Reduzierung des Verkehrs in der Kurstadt anstreben. Die Bedingungen für den ÖPNV und den Fahrradverkehr wollen wir deutlich verbessern.

Kultur – bewährtes bleibt, neues wird versucht

Das reiche Kulturangebot Bad Homburgs für alle wird erhalten und fortgeführt. Gutes bleibt, Neues wird versucht. Konzerte, Ausstellungen, Homburger Sommer, Lesungen, Angebote für Jung und Alt, Avantgarde und Bewährtes und vieles mehr hat Platz in einem weltoffenen Bad Homburg.

Weltoffene Stadt

Wir unterstützen den Gedanken der Zusammenarbeit in der Metropolregion nachdrücklich und wollen die Position Bad Homburgs im Konzert der Region FrankfurtRheinMain stärken und profilieren und unsere Wirtschaftskraft erhalten und ausbauen. Das Kongresswesen wollen wir wieder stärker in den Vordergrund stellen. Die interkommunale Zusammenarbeit mit all unseren Nachbarstädten und dem Kreis wollen wir verbessern.

Finanzielle Rahmenbedingungen beachten

Dabei werden wir die finanziellen Rahmenbedingungen Bad Homburgs stets beachten. Wir können nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. Deshalb müssen Einsparungen und Mehreinnahmen sorgfältig geprüft und abgewogen werden.

Natur- und Umweltschutz

Eine kommunale Politik der Umweltvorsorge erfordert die Entwicklung von Zielsetzungen bzw. Umweltqualitätsstandards, in die die natürlichen Lebensgrundlagen als hervorragendes Schutzgut in alle wichtigen kommunalen Planungen, Entscheidungen und Handlungen einbezogen werden müssen. Die Bad Homburger Politik muss dieser bisher vernachlässigten Querschnittsaufgabe viel stärkeres Gewicht verleihen.

Besonders in einer Zeit in der verschiedenste Ressourcen immer knapper werden, muss auch die Stadt Bad Homburg auf ihren Umgang mit diesen in Einklang mit der Natur achten.

Stadtökologie ist machbar!

Ökologisch angepasste Handlungsstrategien für die Organisation und Entwicklung des Gemeinwesens Stadt zu entwerfen und zu begründen ist Aufgabe der Stadtökologie. Die Vielfalt der Umweltfolgen erfordert ein Handeln in fast allen traditionellen Aufgabengebieten der Kommunalverwaltung. Grundsätzlich müssen wir auf folgenden Handlungsfeldern aktiv werden:

- Gefahrenabwehr und Umweltsanierung bzw. Umweltschutz mittels ordnungsbehördlicher Eingriffs-, Durchsetzungs- und Ahndungsaufgaben
- die umweltverträgliche Ausführung im Rahmen kommunaler Aufgaben und
- die Umweltvorsorge bzw. die Umweltplanung

Ökologie und Ökonomie sind hierbei keine Gegensätze. Erfolgreiches Wirtschaften ist letzten Endes nur in einer gesunden Umwelt möglich. Besonders im Bereich regenerative Technologien sind Investitionen - auch ökonomisch - sinnvoll.

Eine Politik hemmungslosen Wachstums hat in den letzten vierzig Jahren zur weitgehenden Zerstörung geschlossener natürlicher Lebensräume geführt. Nur eine grundsätzliche Abkehr von der Energieverschwendung, von der Verschmutzung unseres Lebensraums und von der Ausbeutung unserer Wasservorräte wird zur Erhaltung und Regeneration des lebens- und liebenswerten Vordertaunusbereichs führen. Für das Bündnis hat eine diesen Zielen verpflichtete Umweltpolitik im kommunalen Bereich daher allerhöchste Priorität.

Landschaftsschutz

Die herrliche Landschaft um Bad Homburg als Naturrefugium und Naherholungsgebiet mit seinen Einflüssen auf das städtische Kleinklima gilt unsere besondere Beachtung. Wir wollen daher für die Bereiche Plätzenberg (zusammen mit Oberursel), Pilgerrain, Lohwald und Lohwaldwiesen sowie das Gestüt Erlenhof inklusive der Braumannswiesen Landschaftspläne entwickeln. Die Landschafts-, Natur- und Umweltschutzvereine erhalten weiterhin die Unterstützung der Stadt.

Die Einrichtung eines Landschaftsschutzgebietes „südlicher Taunushang“, der die Außenbereich der Stadt umfasst soll untersucht und geprüft werden. Besonders im Kirdorfer Feld und in den Ober-Erlenbacher Streuobstwiesen unterstützt die Stadt nachhaltig die Vitalisierung und Förderung der dortigen Biotope.

Eine Teilbebauung des Geländes der Götzenmühle im südlichen Bereich mit anschließender Übertragung der gesamten Immobilie an die Stadt zur Renaturierung des Heuchelbachs und extensiven Nutzung des großen Wiesenbereichs wird innerstädtisch eine deutliche ökologische Aufwertung bewirken und findet unsere Unterstützung.

Bachrenaturierungen

Für die Stadtbäche Heuchelbach, Dornbach (am Hessenring und Gewerbegebiet Süd), Tiefenbach und Kirdorfer Bach werden neue Renaturierungsmaßnahmen gefördert und durchgeführt. Unser Ziel ist es, sowohl die Gewässergüte wie auch die Gewässerstrukturgüte unserer Fließgewässer zu verbessern.

Forst

Der Bad Homburger Stadtwald soll weiterhin nach ökologischen Grundsätzen bewirtschaftet werden. Eine FSC-Zertifizierung des Stadtwaldes wird angestrebt. Die Ansiedlung des Stadtforstes beim Betriebshof hat sich bewährt.

Biologische Landwirtschaft

Es soll geprüft werden, ob ein Bad Homburger Landwirt bereit ist, auf die Erzeugung von Bioprodukten umzusteigen und ob es möglich ist, ihn seitens der Stadt zum einen bei der Umstellung und zum anderen durch Abnahme der landwirtschaftlichen Produkte für die Küchen der Kitas zu unterstützen.

Lärm

Es soll eine Lärminderungsplanung für die Stadt durchgeführt werden. Die entwickelten Maßnahmen sollen Zug um Zug umgesetzt werden.

Umweltfreundliche Beschaffung

Dienstleistungen und Gegenstände sollen aus umweltfreundlicher, nachhaltiger Produktion stammen und fair gehandelte Produkte (Fair Trade) sein. Essen in städtischen Einrichtungen soll aus der Region stammen, möglichst bio-zertifiziert sein und frisch zubereitet werden.

Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit werden gleichermaßen bewertet. Entsprechende nachvollziehbare Bewertungen sind durch die Verwaltung zu erstellen.

Energie- und Klimapolitik

Die Luftverschmutzung ist neben der Wasserverschmutzung und der Bodenvernichtung eine gravierende Umweltbelastung in der Bundesrepublik. Die einst historisch belegte Homburger Champagnerluft ist ernsthaft bedroht. In Bad Homburg tragen hierzu vor allem der Verkehr und die privaten Heizungen bei.

Dies gefährdet vor allem inzwischen unseren Status als Kurstadt, weil die Luftqualität sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert hat. Es gilt Alarmstufe rot für den Bäderstatus! In den nächsten Jahren werden die Grenzwerte im Rahmen der Zertifizierung von Kurstädten weiter gesenkt werden. Daher müssen schon jetzt durchgreifende Maßnahmen zur Luftreinhaltung eingeleitet werden, um unseren Kurstadt-Status bei der nächsten Prädikatisierung (Beginn 2017) nicht zu verlieren.

Luftreinhaltung im Kurpark

Unser vorrangiges Augenmerk zielt auf die Luftreinhaltung im Kurpark, wo eine nachhaltige Reduzierung des Verkehrs stattfinden muss. Es ist das Ziel der Bündnispartner, eine absolute Verkehrsberuhigung in diesem Bereich zu erreichen. Priorität muss die Luftreinhaltung und die Erhaltung des Kur-Status' haben. Es dürften keine Denk- und Umsetzungsverbote errichtet werden. Ein umsetzbares Konzept soll so bald wie möglich vorgelegt werden.

Erneuerbare Energie und Klimaschutz

In Bad Homburg muss noch mehr Wert auf Energieeinsparung und Energieumstellung gelegt werden. Alt bewährte Energieträger werden immer knapper und somit auch immer teurer. Die Atomenergie ist am Ende.

Es gibt nur einen Ausweg: vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen - Energiesparen und Energieeffizienz sind dafür unverzichtbare Strategien. Nur so kommen auch wir als Kommune im Klimaschutz voran. Diese Erkenntnis soll unsere Handlungsgrundlage und Zielrichtung sein.

Insgesamt gesehen bleiben für Kommunen als verlässliche Investitionen nur noch erneuerbare Energien. Sie erhöhen auch die Einnahmen der Kommunen oder ihrer Stadtwerke sowie durch zusätzliche Gewerbe- und Einkommenssteuer. Daher gilt die Ausrede, erneuerbare Energien seien zu teuer, auch nicht mehr. Die Stadtwerke werden als Energiekonzern aufgestellt werden.

Die Konzession für die Stromleitungen im Stadtgebiet sollen von der Stadt bei Auslaufen des Konzessionsvertrags mit der SÜWAG übernommen und auf die Stadtwerke übertragen werden. Die Stadtwerke werden aber auch selbst Stromerzeugungsanlagen finanzieren, bauen und betreiben. Ziel des Bündnisses ist es, bis zum Jahr 2020 100 % des in der Stadt verbrauchten Stroms regenerativ zu erzeugen. KraftWärmeKopplung und Blockheizkraftwerke sollen für mehr rationelle Energieverwendung finanziert und gebaut werden. Der Bau einer Bürger-Solaranlage wird unterstützt, um die Homburger in die Maßnahmen zur Gewinnung erneuerbarer Energien stärker einzubeziehen.

Windkraft

1. Unter Beachtung von Natur- und Landschaftsschutz sowie Abstandsflächenregelungen sollen Standorte für Windkraftanlagen im Stadtgebiet geprüft und, wenn geeignet, als solche ausgewiesen und festgelegt werden.
2. Mit Nachbarkommunen u.a. im Taunus ist über die Errichtung von Windkraftanlagen unter Beteiligung der Stadtwerke zu verhandeln.
3. Die Stadtwerke beteiligen sich an Windparks.

Rationelle Energieverwendung

Um auch die rationelle Energieverwendung in privaten und gewerblichen Immobilien zu fördern wird die städtische Energiesparförderrichtlinie weiter ausgebaut und finanziert. Der Einsatz von Solarenergie soll stärker gefördert werden. Die städtischen Immobilien sollen energetisch forciert saniert werden. Bei städtischen Neubauten und in Neubaugebieten werden Standards auf dem neuesten Stand der Technik umgesetzt.

Elektromobilität, Gas-, Elektro- oder Hybrid-Busse sollen stärker gefördert und in den Vordergrund gestellt werden (siehe auch Verkehr).

Planen Bauen Wohnen

Eine moderne, soziale und ökologische Stadtplanung, wie das Bündnis sie anstrebt, nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt und auf die Belange des Umwelt- und Naturschutzes. Moderne Stadtentwicklung hat Handwerk, Handel und Wirtschaft im Rahmen ihrer Bedeutung für unsere Stadt stets im Blick.

Stadtentwicklungspolitik kann sich nicht zuletzt auf das Objekt, nämlich das Gebäude oder eine Verkehrserschließung beziehen, sondern muss alle Aspekte des auf die Stadtstruktur einwirkenden menschlichen Zusammenlebens betrachten! Eine Stadt ist in ihren gewachsenen Strukturen (Stadtbild, Landschaft, Verkehr) wie ein natürlicher lebender Organismus zu sehen. Werden unsensible Eingriffe gemacht, treten Funktionsstörungen auf, verändern sich ganze Stadtteile, werden homogene Strukturen zerstört.

Die Stadt Bad Homburg soll auch weiterhin die Stadtentwicklung aktiv im Sinne der Bevölkerung gestalten. Dazu bedarf es der Transparenz in der Bauleitplanung und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2020 bei der bisherigen Entwicklung nahezu 40 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein werden, muss die Stadt bei ihrer Entwicklung einerseits dieser Tatsache Rechnung tragen (Wohnen im Alter) andererseits aber auch Einrichtungen für Junge Menschen schaffen (Ausbildungsplätze, Schulen, Fachhochschulen, preiswerte Wohnungen für Singles und junge Familien, Kinderbetreuung, Freizeiteinrichtungen, Sportmöglichkeiten etc).

Das Bündnis wird folgende Schwerpunkte einer vernünftigen, auf ökologische Notwendigkeiten ausgerichteten Stadtplanung und Stadtentwicklung setzen:

- Zukunftsorientierte Erhaltung des Charakters und der Individualität Bad Homburgs ist Leitlinie aller Stadtplanung.
- Umsetzung ökologischer Maßstäbe bei der Stadtplanung.
- Die Wirtschaftskraft der Stadt muss in den Bereichen Kur- und Kongresswesen, Gesundheitsstandort, Informations- und Kommunikationstechnologie gefördert werden.
- Die Stadtplanung muss bürgerfreundlich und bürgernah sein, um die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und um deren Teilhabe an der kommunalen Entwicklung zu gewährleisten.
- Der Bäderstatus von **BAD** Homburg muss erhalten bleiben.

In Bad Homburg hat sich im Laufe der letzten Jahre die ursprüngliche Wohnstruktur grundlegend verändert. Wohnraum wurde zu einer Ware, die einen möglichst hohen Preis erzielen soll. Dabei ist eine Wohnung kein Luxusgegenstand, sondern neben Gesundheit, Nahrung und Arbeit eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Gesundes, angemessenes Wohnen muss für jeden finanzierbar sein. Bad Homburgs Wohnungspolitik muss sich auch an den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der Bewohner unserer Stadt mit niedrigem bis mittlerem Einkommen orientieren. Ein Mittel zur Umsetzung ist die Gründung einer stadteigenen Wohnungs- und Immobiliengesellschaft. Denn neben den steigenden Mieten ist besonders die Wohnraumzerstörung für die in unserer Stadt wohnenden Menschen eine Bedrohung. Die Häuser werden nicht instand gehalten, bis sie eines Tages luxussaniert und in Eigentumswohnungen umgewandelt und verkauft werden (Philipp-Reis-Straße). Die Struktur einer Stadt wird nicht nur geprägt durch Gebäude und Straßen sondern auch durch das Netz sozialer Beziehungen.

240 Wohnungen und damit 15% des Gesamtbestandes sind am 1.1.2011 aus der Sozial- und Belegbindung heraus gefallen und werden sich nun sukzessive den Marktmieten anpassen. Wobei die Richtung klar ist: In den letzten beiden Jahren ist nämlich das Mietpreinsniveau auch bei älteren Wohnungen gestiegen, laut Wohnungsbericht eine Folge des deutlich verknappten Angebots. Die Zahl der Wohnungssuchenden ist immer noch bei über 550 Haushalten, die Hälfte davon mit 1 bis 2 Personen. Diese Zahl wird sich durch die nun weggefallenen 240 Wohnungen noch erhöhen.

Schuld an der Entwicklung trägt die ehemalige Koalition aus CDU/FDP die dem tatenlos zugesehen hat und sämtliche wohnungspolitische Initiativen der Opposition in der letzten Wahlperiode abgelehnt hat. Das Bündnis für Homburg wird nun endlich handeln. Das Bündnis für Homburg sieht es als eine seiner Kernaufgaben an, das Angebot an bezahlbaren Wohnraum deutlich zu steigern. Dabei denken wir gerade auch an viele städtische Angestellte, ErzieherInnen und MitarbeiterInnen in Pflegeberufen mit kleinen Gehältern, die sich die steigenden Mieten in Bad Homburg (auch aufgrund gestiegener Nebenkosten) immer weniger leisten können. Wir werden nun alle Instrumente der Wohnungspolitik, von dringend erforderlichen Neubaumaßnahmen, über Neuerwerb oder Verlängerung von Sozialbindungen und Belegrechten und auch die eventuelle Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft ideologiefrei neu beleuchten und prüfen. Und wir werden zügig handeln. Wir wollen so bald wie möglich Kräne stehen sehen!

Wir werden in den nächsten Jahren mehrere hundert neue Wohneinheiten schaffen. Wir streben eine ausgewogene Bewohnerstruktur, ein höheres Angebot an preiswerten Wohnungen, die Ermöglichung und Bereitstellung neuer Wohnformen (Seniorenwohnen in WG's, Betreutes Wohnen, Wohnen der Generationen), Vergabe von Grundstücken in Erbpacht, Bau von Dienstwohnungen und Verkauf von städtischen Grundstücken mit dem Ziel der Wohnbebauung an.

AG Planen Bauen Wohnen

Das Bündnis richtet eine dauerhafte Arbeitsgruppe „Planen Bauen Wohnen“ ein, in der die Vorhaben des Bündnisses begleitet und erörtert werden.

Folgende potentielle Baugebiete sollen in den nächsten Jahren bebaut werden:

Europakreisel

Das Stadtwerkegelände am Europakreisel ist eine integrierte Stadtlage. Hier unterstützen wir Wohnen und Einzelhandel mit hoher Verdichtung. Geschosswohnungsbau und Einzelhandel an der Frankfurter Landstraße sowie Stadtvillen im nördlichen Bereich. Die Baugenehmigungen für den privaten Investor sollen zügig erteilt werden.

Altstandort Lilly in Dornholzhausen

Für das Lilly-Gelände wird eine Geschosswohnungsbebauung angestrebt. Im nördlichen Bereich sollen die Stadtwerke rund 6.000 qm Grund erwerben, dort die neue Zentrale der Stadtwerke errichten und in den oberen Geschossen Dienstwohnungen und Wohnungen für die Stadt Bad Homburg errichten. In einem Teil des Gebäudes sollen Versammlungs-, Übungs- und Lagerräume für die Dornholzhäuser Vereine errichtet werden (auch als Kompensation für die zurückgestellte Erweiterung bzw. Neubau des Vereinshauses Dornholzhausen).

Wir streben an: Mischnutzung mit Gewerbe (Stadtwerke) und Wohnbebauung, überwiegend Mehrfamilienhäuser („vier plus Dach“ - ähnlich Dornholzhäuser Warte) und Reihenhäuser am Kälberstücksweg. Eine starke Durchgrünung des Standortes ist uns wichtig. Das Bündnis rechnet mit ca. 130 Wohneinheiten plus den Wohneinheiten in den Staffelgeschossen inklusive der Belegrechte die von den Stadtwerken erworben werden sollen.

Kalbacher Straße/Ober-Eschbach

Es besteht Konsens, dass an dieser Stelle betreutes Wohnen umgesetzt werden soll. Allerdings ist es für das Bündnis unabdingbar, dass hier preiswerte Möglichkeiten des Wohnens angeboten werden. Wohnungspreise von bis zu 300 000 Euro pro Wohnung sind nicht akzeptabel. Es wird angestrebt, das städtische Grundstück mit preisgünstigen Mietwohnungen mit Servicestelle für Bad Homburger Senioren zu bebauen. Ein entsprechender Betreiber aus der regionalen Sozial- und Betreuungsarbeit soll hiermit beauftragt werden. Der Mietpreis kann durch entsprechenden niedrigen Verkaufspreis seitens der Stadt niedrig gehalten werden. Hinsichtlich des Lebensmittelmarktes wird festgestellt, dass auf einen Discounter verzichtet werden kann und dass auf das Projekt Lebensmittelmarkt EDEKA (2007) zurückgegriffen werden soll. Angestrebt wird eine mittlere Dichte mit Mischnutzung, Einzelhandel und Wohnungen (maximal drei plus Dach), Betreutes Wohnen.

Atzelnest/Ober-Eschbach

Angesichts eines von der bisherigen Koalition geerbten Leerstands von 63% bei den Gewerbeimmobilien sind Wohnungen im Gewerbegebiet Atzelnest durchaus anzustreben, wie z. B. ein Studentenwohnheim, aber auch allgemeines Wohnen inkl. der Verbesserung der Infrastruktur (Gastronomie, Einkaufen, Kinderbetreuung, Spielplätze, Sport). Hier wird eine Mischnutzung angestrebt, mittlere Dichte mit Geschosswohnungen, möglicherweise auch kleine Wohnungen in Zusammenarbeit mit Projektträgern (Studentenwohnheim und Junges Wohnen). Das Studentenwerk Frankfurt könnte für den Bau eines Studentenwohnheims gewonnen werden. Wichtig sind im Atzelnest auch Infrastrukturverbesserungen, die die Standortinitiative die am 10.05.2011 gegründet wurde, entwickeln soll. Das Bündnis unterstützt die Standortinitiative.

Altstandort Klinik

Im Bereich zwischen Jacobistraße, Urseler Straße und Taunusstraße sollen Wohnen und Gewerbe (an der Urseler Straße) entstehen. Es ist unser Wunsch, dass die Kita in diesem Bereich erhalten bleibt. Es wird in Zusammenarbeit mit dem Kreis ein Vorhaben bezogener Bebauungsplan entwickelt, bei dem im Wesentlichen der Kreis die Kosten für die Planung übernimmt. Im Bebauungsplan soll in Verhandlung mit dem Hochtaunuskreis durchgesetzt werden, dass das Grundstück Georg-Kerschensteiner-Schule baulich aufgewertet (möglicherweise zunächst auch nur Abriss des Altbaus) und für die Humboldtschule vorgehalten wird und hierbei dauerhaft ins Eigentum des Hochtaunuskreises übergeht. So sollte es entsprechend im Bebauungsplan ausgewiesen werden (Schule).

Im Gegenzug erhält die Stadt vom Kreis ein Teilgrundstück im Bereich des jetzigen Klinikgeländes. Sollte keine Einigung mit dem Kreis erzielt werden, wird die Fläche der Georg-Kerchensteiner-Schule nicht mehr als Schulgelände ausgewiesen.

Hühnerstein

Im Bebauungsplan Hühnerstein läuft derzeit die Umlegung. Je nach Konfliktlage bei diesem Umlegungsverfahren ist mit bis zu drei Jahren möglicherweise auch länger bis zum Baubeginn zu rechnen. Die Bebauung des Hühnersteins soll nach ökologischen und klimaneutralen Maßstäben erfolgen.

Vickers Gelände

Wenn hier eine Wohnbebauung stattfindet, ist bis zum Jahr 2019 (Frühjahr) eine Ausgleichszahlung an den ehemaligen Verkäufer zu leisten. Vor diesem Hintergrund wird zunächst einmal die Höhe der möglichen Ausgleichszahlungen berechnet und im Bezug zum Zinsverlust gesetzt. Wahrscheinlich ist der Zinsverlust geringer als die Nachzahlung. In diesem Fall würden dann zum Ende der Wahlperiode die ersten Schritte für einen Bebauungsplan Wohnbebauung (mit hoher Verdichtung) eingeleitet.

Die geplante Großsporthalle (zusammen mit dem HTK) kann und sollte bereits früher realisiert werden, da hier wegen des festgelegten Gemeinbedarfs keine Ausgleichszahlungen an den ehemaligen Verkäufer zu zahlen sind.

Bornberg

Das Bündnis ist sich einig, dass am Bornberg lediglich der Bauabschnitt mit 14 Hektar bebaut werden soll. Des Weiteren wird festgelegt, dass es sich hier um großzügige, attraktive Begrünung innerhalb des B-Plan Bereiches handeln und dass die Ober-Eschbacher Hohl in großzügiger Weise (mit großem Abstand zur Wohnbebauung) erhalten werden muss. Der Stadt gehören dort eine Reihe von Grundstücken, so dass sich hier die Möglichkeit ergibt, jungen Familien günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Da die Stadt nicht alles selbst machen will und kann, können auch potentielle Baugebiete verkauft werden:

Alte Feuerwache

Der Standort Alte Feuerwache sollte nach Änderung des Bebauungsplanes verkauft werden mit dem Ziel Wohnbebauung in Angleichung an die Nachbarschaft. Notwendig ist hierfür die Verlagerung des DRK, der IKF und des Kinderschutzbundes. Hier tritt die Stadt ein.

Oberhof

Der denkmalgeschützte Oberhof soll seitens der Stadt vom Land erworben und an eine Genossenschaft im Erbbaurecht weitergegeben werden. Entsprechend städtische Einrichtungen können angemietet werden. Die Stadt wird Genosse und vergibt eine Bürgschaft an die Genossenschaft.

Der bisher unbebaute Standort Oberhof, nördlicher Teilbereich, soll nach B-Planänderung verkauft werden zur Finanzierung des Ankaufs der gesamten Immobilie. Das Bündnis strebt hier eine Mischnutzung als Einfamilien- und Reihenhausbau an. Zu beachten ist, dass Teile der Stellplatzproblematik des unter Denkmalschutz stehenden Oberhof auf dem zu verkaufenden Gelände gelöst werden müssen.

Mindestens 1300 neue Wohnungen

Insgesamt könnten in den genannten Baugebieten je nach Größe der Wohneinheiten (65 bis 88 qm) zwischen dreizehn- und siebzehnhundert Wohnungen in den nächsten zehn Jahren entstehen.

Mieten in städtischen Wohnsiedlungen

Die Mieten in den städtischen Wohnanlagen Oberste Gärten und Fröling-/Jacobistraße sollen auf dem Niveau von 2011 eingefroren werden. Die Mieten sollen die Mietobergrenze für Menschen im Hilfebezug nicht überschreiten.

Seniorenerechte Wohnungen

Es sollen weitere seniorenerechte Wohnungen neben dem Bauvorhaben Kalbacher Straße errichtet werden.

Wohnungs(bau)gesellschaft

Es soll des Weiteren die Gründung einer städtischen Wohnungs-(Bau-)Gesellschaft geprüft werden.

Bebauungsplan Sitzergraben

Das Bündnis sieht keine Veranlassung im Bereich des Sitzergrabens einen Bebauungsplan zu verabschieden.

B-Plan 83

Für den B-Plan 83 ist eine Veränderung vorzusehen, damit die beiden Wohnhäuser/ Stadtvillen in der Bahnhofstraße erhalten bleiben.

B-Plan 116

Der B-Plan 116 (nördlicher Rotlaufweg) wird nicht weiterverfolgt.

Bahnhof Süd

Die Bebauung Bahnhof Süd ist voranzutreiben. Hinsichtlich des Lokschuppens wird seitens der Verhandlungsgruppe kein aktueller Handlungsbedarf gesehen. Das Parkhaus „Löw“ am Güterbahnhof wird begrüßt und soll von der Kur- und Kongress-GmbH betrieben werden (Erhöhung auf 450 STP zur Minderung des Parkplatzdrucks im Gebiet wird angestrebt.).

Basler Quartier

Die Entwicklung des Gebietes zwischen Bahnanlage, Bahnhofsvorplatz, Basler Straße und Hessenring soll gemeinsam mit der Basler-Versicherung durchgeführt werden. Hier soll ein ökologisches Leuchtturmprojekt (Green Building) als Gewerbegebäude realisiert werden ggfs. auch mit einem Bad Homburger Unternehmen. Entstehen können Hotel, Gewerbe, Kino und Move & Groove-Center sowie eine große Tiefgarage mit bis zu 900 STP.

Rathaus Neubau

Ein Rathaus-Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Bundesschuldenverwaltung (zwischen Bahnhof- und Basler Straße) findet Zustimmung, sofern über das Delta der Kosten zwischen Neubau und Sanierung (inkl. Verkauf des derzeitigen Rathauses) Einvernehmen zwischen den Partnern erzielt wird. Die öffentliche Tiefgarage und die Einzelhandelsnutzung des jetzigen Rathauses sollen erhalten bleiben.

Niederstedter Weg / Asylbewerbergelände

Dieses Gelände sollte zur hochwertigen gewerblichen Nutzung verkauft werden.

Gelände Zeppelin-/Urseler Straße

Dieses städtische Gelände sollte zur hochwertigen gewerblichen Nutzung an einen Bad Homburger Mittelständler verkauft werden.

Jakobskirche in der Dorotheenstraße

Es soll geprüft werden, ob im Bereich des Grundstücks im hinteren Teil Wohnbebauung möglich ist, welche Einnahmen hier erzielt werden können und was die Sanierung der

Jakobskirche kosten könne. Bei günstigen Prognosen ist ggf. ein Kauf durch die Stadt möglich - aber nur in diesem Fall.

Ludwigstraße

Die Parkplätze in der Ludwigstraße sollen zurückgebaut werden. Teile der Straße können wieder kurverträglich gestaltet werden. Wichtig ist, dass die Zufahrt zur Wicker Klinik (Krankentransport und Anfahrt für Gehbehinderte) gesichert wird. Es wird beschlossen, die Ludwigstraße niveaugleich auszubauen und durch eine Schranke zu sperren, die lediglich für die Zufahrt zur Wicker Klinik geöffnet werden kann.

Ferdinandsplatz

Der Ferdinandsplatz soll durch den Wegfall der Stellplätze auf beiden Seiten der Ferdinandstraße entsprechend dem Bebauungsplan aufgewertet werden. Die Maßnahme kann zeitnah umgesetzt werden.

Soziales und Jugend

Soziale Stadt

Das Bündnis steht für eine sozial orientierte Kommunalpolitik, mit dem Ziel einer Stadtentwicklung zur Sozialen Stadt, in der Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen Berücksichtigung finden - Familien mit Kindern, ältere Menschen, Jugendliche und junge Erwachsene, Alleinerziehende, Familien in besonderen Problemlagen, Menschen mit Migrationshintergrund – sie alle sind Teil unserer Stadtgesellschaft und die Integration unterschiedlicher Interessen ist als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe zu sehen.

Große Bedeutung kommt aus unserer Sicht hierbei der Einbeziehung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu. Die Nutzung des „Expertenwissens“ verschiedener Bevölkerungsgruppen in vielfältigen Partizipationsprojekten z.B. im Rahmen von Beteiligungsprozessen ist für uns wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung.

Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau freiwilliger sozialer Leistungen wie der BAD HOMBURG PASS sind kein überflüssiger Luxus, sondern Grundlage sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt.

Angesichts der demografischen Entwicklung in Bad Homburg kommt der Förderung von Familien und jungen Menschen in gleichem Maße Bedeutung zu, wie der Weiterentwicklung von Konzepten zur Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger. Familien und Alleinerziehende benötigen öffentliche Unterstützungssysteme und professionelle Erziehungspartner um ihrer gesamtgesellschaftlich wichtigen Erziehungsaufgabe gerecht werden zu können. Eltern, insbesondere allein erziehende Mütter und Väter, sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt und der Spagat zwischen Beruf und Kinderbetreuung ist oft nicht leicht zu bewältigen.

Kommunale Familienpolitik heißt für uns, Netzwerke für Kinder und Eltern zu schaffen, um Eltern zu entlasten und Kinder in ihrer Entwicklung zu begleiten und optimal fördern zu können.

Bad-Homburg-Pass

Der Bad Homburg Pass soll angesichts von 2.600 Antragstellern beibehalten werden. Die Vereine sollen stärker beteiligt werden.

Ausbau ambulanter Angebote für Senioren

Das Bündnis spricht sich für die bedarfsgerechte Optimierung der ambulanten Angebote für Senioren aus. Eine bessere Vernetzung wird angestrebt sowie eine Aufwertung der Servicestelle Älterwerden. Das Nebeneinander mehrerer gleichartiger Organisationen ist nicht erwünscht und soll optimiert werden.

Stadtteil- und Familienzentren

Der Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren soll vorangetrieben werden. Zunächst sollen drei Familien- oder Stadtteilzentren eingerichtet werden. Ein Muster als Familienzentrumsmodell wird bei dem ehemaligen Accadis-Gebäude in der Dietigheimer Straße eingerichtet. Hierunter ist eine Begegnungsstätte zu verstehen, die Hilfsangebote und vernetzte Angebote mit kleinem Etat bietet. Das Thema Familienzentrum wird positiv weiter begleitet.

Menschen mit Gehbehinderung

Es soll eine Erhebung durchgeführt werden, wie viele behindertengerechte Wohnungen notwendig sind. Die Verbesserungen der Einstiegsbedingungen zum Stadtbuss sollen weitergeführt werden (Hochbord).

Öffentliche Gebäude

Öffentliche Gebäude und Bereiche des öffentlichen Straßenverkehrs sollen weitgehend barrierefrei ausgebaut werden. Das heißt, Absenkung von Bordsteinen und Abbau von anderen Barrieren.

Jugend

Politik für Jugendliche bedeutet für das Bündnis für Homburg Politik mit Jugendlichen – das heißt, für alle Bereiche der Jugendarbeit sind geeignete Beteiligungsmodelle zu entwickeln, die Jugendliche frühzeitig in Planung und Umsetzung von Projekten einbeziehen, von denen ihre Altersgruppe betroffen ist.

Dies gilt sowohl für die Angebotsgestaltung vorhandener Jugendeinrichtungen, was Programm und Öffnungszeiten betrifft, als auch der Entwicklung von dringend benötigten weiteren Freizeit- und Kulturangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene in unserer Stadt.

Junges Wohnen

Neben vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten brauchen junge Menschen in unserer Stadt aber auch ein Angebot bezahlbaren Wohnraums. Wir wollen daher neue Konzepte für Junges Wohnen in Bad Homburg unterstützen und fördern.

Jugendclub Ober-Eschbach

Die angekündigte Übergangslösung am Massenheimer Weg (neben Farben-Scheller) findet als solche Zustimmung. Langfristig soll angestrebt werden, eine endgültige Lösung im innerstädtischen Bereich Ober-Eschbachs zu entwickeln.

Bolzplätze

Die Bolzplätze Weilburger Straße, Albin-Göhring-Halle, Gluckenstein, Plätzenberg und Dornholzhausen müssen saniert werden, ggf. sollen neue errichtet werden.

Kinderbetreuung weiter verbessern

Das Bündnis für Homburg sieht es als seine Verpflichtung, dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Hort und passend für alle Lebenssituationen von Familien mit hoher Priorität weiter voranzutreiben. Neben dem Ausbau des Angebots ist dabei aber auch die Qualität der Betreuung von großer Bedeutung.

Move & GrooveCenter

Das Move & Groove-Center soll, wie vorgestellt, umgesetzt werden. (Finanzierung über Investor und professioneller Betreiber). Das Gambrinus bleibt bis zur erfolgreichen Eröffnung des Move & Groove Centers geöffnet.

Kino am Bahnhof

Das Kino soll, wie vorgestellt, umgesetzt werden.

Kultur und Bildung/Denkmalschutz

Eine Stadt wird geprägt durch ihr kulturelles Leben und ihre Bauten und Parks. Wir wollen ein facettenreiches Kulturangebot für alle Altersgruppen, welches nicht nur den so genannten breiten Geschmack bedient, sondern auch Raum für neue und experimentelle Kultur bietet. Uns ist die Erhaltung der jetzigen Kulturlandschaft in Bad Homburg genauso wichtig wie deren Weiterentwicklung und Ausbau. Denn gerade das lokale Kulturbild einer Stadt trägt ganz entscheidend zu deren Prägung und Identifikation bei.

Das schließt weiterhin jedmögliche Unterstützung von Kulturträgern wie Volkshochschule, Volksbühne, Studiobühne, Musikschule, Kleine Oper, Kammerorchester, Kurorchester, Gesangsvereine, Kirchenchöre, Karnevalsvereine, Heimatvereine, Jugendkulturvereine u.a. ein.

Des Weiteren sind wir dafür, Veranstaltungen wie Blickachsen, Fugato, Kunstwerkstadt, das Literatur- und Poesiefestival sowohl finanziell als auch organisatorisch seitens der Stadt zu unterstützen.

Wichtig sind uns die Pflege und der Ausbau der Archive und Heimatmuseen. So sollte auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Schloss- und Stadtarchiv angestrebt werden, um gemeinsame Forschungen zur Stadtgeschichte besser fördern zu können und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Saalburg und der Limes – zum Weltkulturerbe ernannt – müssen mehr in die Lokalität Bad Homburgs eingebunden werden, da sie von bedeutendem Wert für die Geschichte dieser Region sind. Vor allem zum Bekanntheitsgrad Bad Homburgs tragen sie wesentlich bei. Die Stadt muss unbedingt eine bessere und vor allem intensivere Tourismuspflge betreiben, um Kultur und Geschichte unserer Stadt über ihre Grenzen hinaus bekannter zu machen. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Bad Homburg.

Kulturelle Veranstaltungen

Die bewährten Veranstaltungen, mit denen Bad Homburg ein außergewöhnliches Angebot bereithält, sollen fortgeführt, Neues entwickelt und mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden.

Englische Kirche und Kulturbahnhof

Die Veranstaltungen in der Englischen Kirche sollen fortgeführt werden. Für den Kulturbahnhof werden wir dafür sorgen, dass in gleichem Maß für alle Altersgruppen ein entsprechendes Programm angeboten wird, das heißt bezahlbare oder kostenfreie

Veranstaltungen für Jugendliche. Keinesfalls werden wir angesichts der Schaffung des Kulturbahnhofs das Musiklokal Gambrinus schließen, bevor nicht eine adäquate (!) neue Lokalität vorhanden ist.

Lagermöglichkeiten für Vereine

Vereine prägen sehr stark das kulturelle Geschehen in unserer Stadt. Wir wissen von der Raumnot der Vereine, die sie teilweise in ihrer Vereinsarbeit einschränkt. Wir unterstützen daher die Suche der Vereine nach mehr Lagermöglichkeiten.

Homburger Sommer

Der Homburger Sommer soll noch attraktiver gestaltet werden. Es wird eine engere Abstimmung mit der Kur- und Kongress-GmbH angestrebt. Was gut war und ist, bleibt erhalten, neues soll ausprobiert werden. Gleiches gilt für die Konzertreihe.

Stadtfeste

Die bisherigen Stadtfeste sollen ohne neue Beschränkungen fortgeführt werden. Alle Verwaltungseinheiten sollen hierfür arbeiten.

Bildung

Das Frauenbildungszentrum in Kirdorf wird gefördert. Die VHS erhält unsere volle Unterstützung.

Stadtarchiv und Gotisches Haus

Das Stadtarchiv soll in die ehemalige Bundesschuldenverwaltung umziehen. Nach dem Auszug des Stadtarchivs soll das Gotische Haus als Stadtmuseum saniert werden.

Kulturmeile Dorotheenstraße

Angesichts der kulturellen und denkmalpflegerischen Bedeutung der Dorotheenstraße soll diese nach Fertigstellung eine Kulturmeile werden.

Geburtshaus von Louis Jacobi

Das Geburtshaus von Louis Jacobi an der Ecke Waisenhaus-/Dorotheenstraße soll preiswert saniert und ehrenamtlich betreut werden.

Denkmalgeschütztes Gebäude Waisenhausstraße 9

Das Gebäude Waisenhausstraße 9 soll in Erbpacht an einen neuen denkmalbegeisterten Besitzer vergeben werden.

Horex-Museum

Das künftige von einem privaten Investor errichtete Horex-Museum wird seitens der Stadt angemietet und betrieben.

Historischer Kurpark

Die Wiederherstellung des historischen Kurparks ist von großer Bedeutung für unser Stadtbild, insbesondere die Wandelhalle mit Konzertmuschel. Wichtig ist auch das Kurparkpflegewerk, das den Kurpark sowohl in ökologischer Hinsicht als auch bezüglich des Kurwesens und des Denkmalschutzes in dem dafür notwendigen Zustand erhält oder in ihn zurück versetzt. Hierzu gehört auch ein Überdenken des momentanen Verkehrskonzeptes in diesem Bereich. Die Neuüberarbeitung muss als Zielsetzung haben, im gesamten Kurparkbereich den Verkehr zu reduzieren.

Hinsichtlich der Entwicklung des Historischen Kurparks und des Kurparkpflegewerks wird unterstrichen, dass künftig unter Berücksichtigung der finanziellen Situation ein stärkerer Fokus des städtischen Engagements auf den Kurpark gerichtet werden soll, nachdem die letzten Jahre die Ländgräflichen Gärten weitgehend im Vordergrund standen. Kleiner Tannenwald und Gustavsgarten stehen in diesem Zusammenhang allerdings weiterhin auf der Agenda.

Gustavsgarten

Es wird festgelegt, dass die neuen Klinikgebäude abgerissen und der Park einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden soll. Es ist keine Wohnbebauung im historischen Gustavsgarten oder an anderer Stelle der nunmehr erworbenen Freiflächen am Mariannenweg oder der Tannenwaldallee beabsichtigt. Über die Nutzung der denkmalgeschützten Gebäude besteht noch Erörterungsbedarf.

Kleiner Tannenwald

Hier sollen die Meierei und die Schweizerei maßgeblich durch den Förderverein Kleiner Tannenwald saniert werden. Die Stadt kümmert sich in erster Linie um die Freiflächen, den Eiskeller und die Carolinenbrücke an der Tannenwaldallee.

Kur und Modebäder des 19. Jahrhunderts/UNESCO Weltkulturerbe

Das Bündnis für Bad Homburg unterstützt die Bewerbung Bad Homburgs im Rahmen der seriellen Bewerbung zusammen mit Baden-Baden und dem tschechischen Bäderdreieck (Partnerstadt Marienbad) zur Aufnahme ins UNESCO-Weltkulturerbe als Kur- und Modebad des 19. Jahrhunderts.

100 Jahre Kurbad

Im Jahr 2012 jährt sich zum 100. Mal die Verleihung des Titels „Bad“ an unsere Stadt. Dies soll zum Anlass einer Imagekampagne für Bad Homburg genutzt werden. Bestehende kulturelle Veranstaltungen sollen möglichst mit einbezogen werden.

Finanzen und Wirtschaft

Finanzen

Die kommunale Haushaltslage – auch in Bad Homburg – ist nach wie vor durch zahlreiche Risiken auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite gekennzeichnet:

- grundsätzliche Unstetigkeit der Gewerbesteuer als kommunale Haupteinnahmequelle
- von der FDP initiierte Steuersenkungen in Berlin,
- zusätzliche hohe Belastungen durch neue Gesetze und Verordnungen des Landes und des Bundes,
- hohe Abgaben an den hoch verschuldeten Hochtaunuskreis,
- Kürzungen von Zuschüssen durch Land und Bund,
- Steigerungen bei den Personalkosten durch Tarifsteigerungen und die Ausweitung der Kinderbetreuung sowie
- Preissteigerungen bei nahezu allen Dienstleistungs- und Lieferaufträgen der Stadt.

Unter diesen Umständen versprechen die Bündnispartner einen soliden Umgang mit dem Geld der Bürger, damit auch in kommenden Krisenzeiten die Grundversorgung gewährleistet und in die Zukunft Bad Homburgs investiert werden kann. Es wird angestrebt, die nahezu Schuldenfreiheit der Stadt Bad Homburg zu bewahren. Kurzfristige Kassenkredite sind zulässig, um notwendige Aufgaben zu erfüllen. Grundsätzlich sollen alle Möglichkeiten von Kostensenkungen und Einnahmesteigerungen vorbehaltlos geprüft werden.

Arbeitskreis „Finanzen“

Es wird ein Arbeitskreis „Finanzen“ gegründet, dem jeweils ein Partner der Bündnisfraktionen sowie Fachleute angehören sollen. Dabei soll die Finanzsituation der Stadt untersucht werden. Alles muss auf den Prüfstand: Steuern, freiwillige Leistungen, Personalkosten, städtische Gebühren, Zuschüsse, Mieten und Pachten, Dienstleistungsaufträge usw.

Die freiwilligen Leistungen sind auf Grundlage der bereits existierenden Vorlage zu untersuchen. Die Dezernenten werden weitere Vorschläge unterbreiten. Des Weiteren soll für die Beratung der Finanzen eine Liste städtischer Immobilien zusammengestellt werden, um zu prüfen, ob ein Verkauf möglich ist.

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Damit die Kaufkraft in Bad Homburg bleibt, benötigen wir in der Innenstadt eine breite Angebotspalette. Der bestehenden Angebotsarmut in manchen Branchen ist entgegenzuwirken. Dies macht Bad Homburg nicht nur für die Kurgäste sondern auch für das Umland als Einkaufsstadt attraktiv. Die Bestandspflege der Wirtschaftsförderung soll deutlich intensiviert und ausgeweitet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing soll intensiviert werden. Die Tourismusförderung hat einen hohen Stellenwert für das Bündnis.

Green Building

Gemeinsam mit einer großen Firma soll in einem Gewerbegebiet (etwa Bereich im Baseler Quartier) ein Leuchtturm Projekt „Green Building im Gewerbe“ umgesetzt und gefördert werden.

Aktionsgemeinschaft

Mit der Aktionsgemeinschaft soll weiterhin vertrauensvoll zusammen gearbeitet werden. Die Aktionsgemeinschaft erhält entsprechende Förderungen. Sollten allerdings die Sponsorengelder der Aktionsgemeinschaft zurückgehen, werden die städtischen Mittel nicht im gleichen Maße erhöht. Es wird festgestellt, dass die Aktionsgemeinschaft einen wertvollen Beitrag zur Attraktivität der Einkaufsstadt Bad Homburg und der Stadt im Allgemeinen erbringt.

Leerstände und Standortgemeinschaft Atzelnest

Die Stadt wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das demnächst leer stehende Fujitsu-Gebäude wieder einer Nutzung zuzuführen.

Die Bildung einer Standortgemeinschaft Atzelnest zur Erörterung der Situation und der Entwicklungsmöglichkeiten des Gebiets wird begrüßt und unterstützt.

Zentrenkonzept sowie Erhaltung und Stärkung des Einzelhandels in den Ortsteilen

Das Bündnis unterstützt das Zentrenkonzept und wird es weiterhin anwenden, wobei dogmatische Anwendungen nicht erfolgen sollen. Wie im Zentrenkonzept dargelegt, sollen die Angebote des Einzelhandels in den Ortsteilzentren gestärkt und deren Erhaltung durch die Unterstützung der Stadt gesichert werden. Die Ansiedlung von Märkten in Stadtrandlagen wird abgelehnt.

Die Einkaufsstraße Louisenstraße soll eine bauliche und gestalterische Aufwertung in den Bereichen zwischen Schwedenpfad und Ferdinandstraße erfahren, wobei der Bereich zwischen Ludwigstraße und Kisseleffstraße als besonders bedeutsam angesehen wird. Der Kurhausvorplatz soll ebenfalls überplant und aufgewertet werden.

Ansiedlung Möbelhaus Segmüller in Bad Vilbel

Das Bündnis schlägt vor, dass zur Verhinderung des Vorhabens der Rechtsweg ausgeschöpft wird.

Bad Homburger Mittelständler

Der Umbau der Kreuzung Niederstedter Weg/Urseler Straße Gewerbegebiet soll durchgeführt werden, um die Ansiedlung eines Bad Homburger Mittelständlers auf dem städtischen und bundesbahneigenen Gelände zu ermöglichen. Das Bündnis sieht hier eine gute Möglichkeit der Mittelstandsförderung und gleichzeitig der Realisierung eines ökologischen Vorzeigeprojekts.

Freihändige Vergaben

Die Möglichkeit, freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen durchzuführen, soll grundsätzlich ausgeschöpft werden, um Wirtschaft, Handel, Handwerk und damit den Mittelstand in der Stadt und der Region zu fördern.

Kur & Kongreß GmbH

Die Geschäftsfelder der K&K sollen ausgeweitet werden u.a. durch Betreiben weitere Parkhäuser. Die finanzielle Situation und Entwicklung der K&K sowie weitere Beteiligungen sollen in der AG „Finanzen“ diskutiert werden.

Eigenbetriebe

Die beiden Eigenbetrieb Stadtwerke und Betriebshof sollen in ihrer hervorragenden Arbeit gefördert und unterstützt werden. Eine Zusammenlegung oder eine Privatisierung sind nicht beabsichtigt. Auch die Betriebsform „Eigenbetrieb“ soll erhalten bleiben. Die Stadtwerke sollen zum kommunalen Energiedienstleister ausgebaut werden.

Eigene Beschäftigte/private Dienstleister

Bei jeder Dienstleistungsvergabe soll geprüft werden, ob die Vergabe an ein Privatunternehmen oder die Durchführung der Aufgabe durch eigene Mitarbeiter/innen günstiger ist. Dabei kann zum Beispiel festgestellt werden, wieviel die Säuberung einer Immobilie durch Private oder durch Eigene kostet. Hier sind Modellrechnungen zu erstellen.

Für Hausmeister etwa könnte ein Pflichtenheft für die Einrichtung erstellt werden, das wesentlich umfassender ist als die bisherigen Tätigkeiten der Hausmeister (kehren, Schneeräumen, kleinere Reparaturen und ähnliches). Es soll geprüft werden, ob die Hausmeister beim Betriebshof angesiedelt werden können. Das Bündnis für Bad Homburg bekräftigt, dass nur Aufträge erteilt werden sollen an Firmen, die sich zur Tariftreue oder einem Mindestlohn bekennen.

Verkehr

Das Ziel des Bündnisses ist eine nachhaltige und stadtverträgliche Verkehrspolitik, die die Belastungen der Wohnbevölkerung und den Ressourcenverbrauch mindert, die Luftbelastung in der Kurstadt reduziert und Mobilität erhält. Wir möchten bei der Stadtverkehrsplanung auch in der Zukunft Mobilität fördern, ohne Lebensqualität zu beeinträchtigen. Der Stadtverkehr in der Innenstadt als auch in den Wohngebieten soll den modernen Erfordernissen entsprechend gestaltet werden, wobei insbesondere den umweltbezogenen Erfordernissen Rechnung getragen wird.

U-Bahn-Verlängerung und Regional-Tangente-West (RTW)

Das Bündnis bekennt sich nachhaltig zur vorrangigen Realisierung der U-Bahn-Verlängerung von Gonzenheim zum Bahnhof. Die Maßnahme soll mit hoher Intensität in Abstimmung mit Land, Eisenbahnbundesamt, VGF, Stadt Frankfurt und RMV fortgeführt werden. Es besteht weiterhin Konsens, dass, sofern Bedarf besteht, ein 7,5-Minuten-Takt eingehalten werden soll.

Die Stadt fördert und unterstützt das Vorhaben RTW und ist über das Belegenheitsprinzip hinaus bereit, die Maßnahme zusammen mit den Partnern zu realisieren. Die Stadt Bad Homburg engagiert sich entsprechend. Die RTW hat, wie die U2, große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bad Homburg. Beide tragen zu Verkehrsentlastungen bei.

Stadtbus

Es soll eine Taktverbesserung (bis 21 Uhr) geben. Es sollen neue Busse mit alternativen Antrieben angeschafft werden. Ampelvorrangschaltungen sollen an entsprechenden Stellen gebaut werden. Bedeutsam ist außerdem die Koordinierung der Stadtbus Ankunfts- und Abfahrtszeiten mit der S- und U-Bahn, die verbessert werden muss. Die Linie 6 durch den Kurbezirk soll als Elektrobus fahren. Außerdem sollten die auf der Linie 6 eingesetzten Elektrobusse im Nachtverkehr in der gesamten Stadt zum Einsatz kommen. Das Programm zur Fortführung der Aufstellung neuer Wartehäuschen und des Umbaus von Haltestellen mit Kasseler Bord (Hochbord) soll fortgeführt werden.

Tempo 30 und Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen

Die Tempo-30-Zonen sollen überprüft werden, ggfs weitere eingerichtet werden wie z.B. im Bereich Oberasse, Seifengasse, Neue Mauerstraße, Wallstraße, Elisabethenstraße. Betreffend Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen wird beschlossen, zunächst den Versuch in Frankfurt zu beobachten und gegebenenfalls aufzugreifen. Der wichtigste Aspekt des

nächtlichen Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen ist die Lärminderung (siehe Beschluss zur Lärminderungsplanung).

Fußgänger und Fahrrad

Wir streben eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt an. In Tempo-30-Zonen wird radfahren gegen die Einbahnstraßen erlaubt. Grundsätzlich soll der Radweg in der Triftstraße, der eine wichtige Verbindung zwischen der Humboldtschule/Krankenhaus und Kirdorf ist, wieder eingerichtet werden. Die allgemeine Verbesserung der Bedingungen der Alltagsradler soll verbessert werden. Am Bahnhof wird ein modernes Fahrradparkhaus errichtet.

Verkehrskreisel

Dort, wo genügend Platz vorhanden ist, sollen Verkehrskreisel angelegt werden, um den Verkehr flüssiger zu machen und um auf Ampeln verzichten zu können.

PPR

Es wird vereinbart, dass unabhängig von den Planungen eines Tunnels ein Umbau der Kreuzung im Zuge des Grunderwerbs bei Lilly schnell vonstatten gehen soll. Der Umbau beinhaltet folgendes:

Eine neue, optimierte Ampeltaktung mit Bodenkontakten und Kontaktschwellen sowie zusätzlichen Spuren

- Rechtsabbiegerspur aus Dornholzhausen verlängern, ohne Ampel
- Geradeausfahrer von der Saalburg kommend Richtung A661 erhalten zweite Geradeausspur über die Kreuzung hinaus mit Einfädelung vor dem Kälberstücksweg
- künftig gibt es nur noch eine Linksabbiegespur nach HG
- Die Rechtsabbiegerspur von der A661 kommend nach Bad Homburg wird verlängert
- es soll geprüft werden, ob eine längere Linksabbiegerspur von der A661 kommend nach Dornholzhausen verkehrsentlastend wäre und, wenn ja, realisiert werden.

Insgesamt hat eine Verkehrssimulation des Straßenbaus (60.5) ergeben, dass bei Umsetzung der Maßnahmen bei gleichzeitiger Optimierung der Ampelschaltungen mit einem deutlich höheren (bis zu 30 %) Verkehrsdurchfluss zu rechnen ist. Außerdem soll mit dem ASV über einen schnellen Bau von Lärmschutzmaßnahmen an Stellen, an denen er bisher nicht vorhanden ist, verhandelt werden.

Zur Klärung der Kostenbeteiligung von Bund, Land und Kreis wird die Entwurfs- und Genehmigungsplanung zum Bau des langen Tunnels im Zuge der Bundesstraße 456 (PPR) mit den Planungsgrundlagen, wie in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Homburg im Februar 2011 beschlossen (langer Tunnel mit jeweils Nord- und Südtrog), erstellt mit der Maßgabe, dass sich der HTK zu 50% an den bisherigen und künftigen Planungskosten beteiligt (Verwaltungsvereinbarung). Der Kostenanteil der Stadt Bad Homburg wird auf 25% der Gesamtkosten (inklusive Planung) bzw. auf max. 27,5 Mio. Euro beschränkt. Die o.g. Planungen sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Sollte einer der drei anderen Kostenträger absagen, wird das Projekt nicht durchgeführt bzw. müssen die verbliebenen zwei Kostenträger einspringen.

Verkehrsleitsystem und Verkehrsentwicklungsplan

Wir sprechen uns dafür aus, sowohl das Verkehrsleitsystem nunmehr umgehend zu installieren sowie den Verkehrsentwicklungsplan im Jahr 2011 abzuschließen und den Gremien zur Diskussion vorzulegen.

Karstadt Parkhaus

Es ist Konsens, das Karstadt Parkhaus mit mehr Stellplätzen als bisher neu zu errichten. Mit dem neuen künftigen Eigentümer soll darüber verhandelt werden, die bauliche Anlage noch gebietsverträglicher zu gestalten und in die Umgebung einzupassen (möglicherweise eine Etage niedriger). Es ist der Wunsch des Bündnisses, dass die Kur- und Kongreß GmbH die Garage betreibt. Das Bündnis geht davon aus, dass die Stellplatzablässe, die Tenkhoff Properties zahlen muss, für den Bau des Karstadt Parkhauses eingesetzt wird.

Tiefgarage am Bahnhof

Am Bahnhof sollen im Baseler Quartier in einer Tiefgarage für Pendler, Berufstätige im Quartier und für Besucher des Kinos gemeinsam mit der Basler Versicherung errichtet werden.

Schulberg

Die Straße am Schulberg wird analog der Wallstraße und des oberen Bereichs des Schulbergs zwischen Wallstraße und Haingasse umgestaltet (dies bedeutet Wegfall der neuen Parkplätze auf der Süd-West-Seite).

Ortsteile

Dornholzhausen

Die Gesprächspartner sehen für einen Neubau des Vereinshauses keinen Handlungsbedarf. Es soll geprüft werden, ob Räume für Versammlungen, Sitzungen und Lager im neuen Gebäude der Stadtwerke auf dem Lilly-Gelände möglich sind. Ggf. könnte ein ähnliches Model wie in Ober-Eschbach (Feuerwehrgerätehaus) untersucht werden, da in Dornholzhausen ebenfalls ein Neubau des Feuerwehrgerätehauses ansteht.

Die Kita Dornholzhausen soll am jetzigen Standort, wie von der Stadtplanung vorgeschlagen, neu errichtet werden. Die leer stehenden Bereiche des städtischen Hauses Gertrud-Bäumer-Straße können zwischenzeitlich für die Kita genutzt werden. Neue Betreuungsplätze im Hortbereich sollen kurzfristig entstehen. Nach Umzug der freiwilligen Feuerwehr in ein neues Gebäude soll an der Stelle der alten Feuerwache ein integrierter Hort in Zusammenarbeit mit dem Hochtaunuskreis gebaut werden, um die Betreuung der Grundschulkinder zu verbessern.

Am jetzigen Standort des Feuerwehrgerätehauses soll gemeinsam mit dem Hochtaunuskreis ein „Kinderhort“ errichtet werden.

Das Feuerwehrgerätehaus soll im B-Plan Friedhof/Nesselbornfeld (Dhlzhsn) errichtet werden. Die Friedhofserweiterung soll ebenfalls in diesem B-Plan ausgewiesen werden.

Kirdorf

Der Supermarkt soll möglichst an seiner jetzigen Stelle in der Kirdorfer Straße bleiben. Ggf. sind Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen. Als Ausweichgelände kommt z. B. das ehemalige Gelände der Spedition Pauli (200 m südlich) in Betracht.

Das Feuerwehrhaus am Usinger Weg soll abgerissen und durch einen Neubau an gleicher Stelle ersetzt werden.

Die Abladeplätze an der Friedberger Straße und am Usinger Weg müssen mit den Eigentümern diskutiert werden, um die unschönen Stellen aus dem Stadtgebiet zu verbannen.

Die Trauerhalle auf dem Kirdorfer Friedhof soll eine maßvolle Sanierung (neue Heizung) erfahren. Eine Erweiterung ist nicht möglich, da dies einen kompletten Neubau nach sich zöge.

Das Bürgerhaus Kirdorf soll gründlich untersucht werden. Ggf. ist eine Sanierung, möglicherweise aber auch ein Neubau notwendig (Kostengegenüberstellung wird vorgestellt).

Gonzenheim

Die KFG-Erweiterung an der unteren Terrassenstraße findet die volle Unterstützung des Bündnisses.

Für das Sanatorium Dr. Goldschmidt ist zurzeit kein Kauf durch die Stadt vorgesehen. Es wird erwartet, dass der HTK seinen Pflichten zur Unterhaltung des Gebäudes und des Parks nach der Erhaltungssatzung nachkommt.

Die Trauerhalle auf dem Gonzenheimer Friedhof soll saniert werden.

Das Heimatmuseum soll zügig fertig gestellt werden.

Ober-Erlenbach

Die Ortskernsanierung wird weitergeführt.

Das neue Feuerwehrgerätehaus soll am Hühnerstein entstehen, das alte Feuerwehr-Gerätehaus soll abgerissen werden.

Es wird angestrebt, den LKW-Verkehr aus dem Ortskern herauszuhalten.

Der Supermarkt in der Seulberger Straße soll dort bleiben, sofern er an dieser Stelle, wie benötigt, erweitert werden kann.

Die Trauerhalle auf dem Friedhof soll saniert werden.

Die Ortsteilbibliothek soll im Oberhof eingerichtet werden.

Der denkmalgeschützte Oberhof soll seitens der Stadt vom Land erworben und an eine Genossenschaft im Erbbaurecht weitergegeben werden. Entsprechend städtische

Einrichtungen können angemietet werden. Die Stadt wird Genosse und vergibt eine Bürgerschaft an die Genossenschaft.

Ober-Eschbach

Die Sanierung des alten Rathauses ist dringlich und soll ausgeführt werden. Das alte Feuerwehrgerätehaus soll nach Auszug der Feuerwehr der Vereinsnutzung zugeführt werden.

Die neue Feuerwache soll am geplanten Standort (Ober-Eschbacher Straße, südl Ortsausgang) realisiert werden.

Die Albin-Göhring-Halle soll umgehend saniert werden (siehe Sport).

Der Grüngürtel im Ober-Eschbacher Süden soll erhalten werden.

Stadtgesellschaft, Vereine und Ehrenamt

Freiwillige Feuerwehr

Für die Feuerwehr soll das Prämienkonzept mit einem Bekenntnis zur Feuerwehr endlich umgesetzt werden. Hierbei soll auch nochmals die Prüfung der Feuerwehrrente wie im HH 2011 vorgesehen, durchgeführt werden.

Vorgartensatzung/Städtische Satzungen

Alle städtischen Satzungen werden auf ihre Umsetzungsfähigkeit und Sinnhaftigkeit untersucht.

Masterplan

Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen sind Kosten von € 525.000,- für einen Masterplan nicht zu verantworten. Das Ausschreibungsverfahren wird beendet. Die Bürgerbeteiligung bei der weiteren Stadtentwicklung soll gewahrt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen, Initiativen und Vereine sollen in geeigneter Weise an der Vertiefung und Konkretisierung von Themen und Handlungsfeldern beteiligt werden.

Grundschulen

Die Grundschulen sollen in die Trägerschaft der Stadt Bad Homburg v.d.Höhe überführt werden.

Ehrenamtliches Engagement

Das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern soll gefördert und unterstützt werden. Dies gilt auch für mögliche Tätigkeiten in Stadtbibliothek, Museum und Stadtarchiv wie auch in sozialen Bereichen.

Freiwilliger Polizeidienst

Der freiwillige Polizeidienst wird nicht weiter fortgeführt.

Ordnungspolizei

Das Bündnis strebt an, die Umbenennung der Ordnungspolizei in Stadtpolizei durchzuführen. Grundsätzlich sollen mehr Kompetenzen auf die Stadtpolizei übertragen werden.

Integrationsrat

Wir sehen unsere ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner nicht als Gäste unserer Stadt, sondern als einen Teil unserer Gesellschaft. Sie arbeiten, zahlen Steuern und leisten in Vereinen und in sonstigen Ehrenamtstätigkeiten einen großen Beitrag zur Gesellschaft. Wir sehen die Chancen und das kreative Potenzial, das Bad Homburg von seinen Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund gewinnen kann und möchten daher diese noch mehr in die Gesellschaft integrieren und vor allem politisch mit mehr Gestaltungsmöglichkeiten ausstatten. Wir schlagen die Umbenennung des Ausländerbeirats in Integrationsrat vor und möchten diesen mit einem Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung stärken.

Jugendforum stärken

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich noch nicht an den Wahlen beteiligen. Trotzdem sind sie ein Teil der Stadt und haben Bedürfnisse. Mit dem Jugendforum wurde den Kindern und Jugendlichen eine Plattform gegeben, um ihre Bedürfnisse zu äußern. Wir begrüßen und unterstützen den Weg des Jugendforums.

Bürgerbeteiligung

Wir wollen eine breit angelegte Informationspolitik und eine enge Zusammenarbeit mit allen Menschen und Initiativen betreiben. Das heißt, die Bündnis-Stadtverordneten stellen sich den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur zu Wahlen, sondern auch zu wichtigen Entscheidungen. Bürgernähe muss politisch umgesetzt werden. In der politischen Arbeit im Homburger Stadtparlament gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, mehr Bürgernähe konkret in politisches Handeln umzusetzen. So muss den Bürgerinnen und Bürgern mehr Gelegenheit gegeben werden, sich selbst bereits bei der Formulierung von Planzielen zu beteiligen. Es sollen mehr Bürgerversammlungen nach § 8a der Hessischen Gemeindeordnung auch in den Stadtteilen Bad Homburgs stattfinden. Bürgerfragestunden in den Sitzungen der Fachausschüsse auch zu Themen der Tagesordnung sollen eingeführt werden. Ebenso ein Rederecht für sachkundige Personen aus Verbänden, Vereinen, Initiativen, Berufsgenossenschaften usw. in den Fachausschüssen des Stadtparlaments auf Antrag einer Fraktion sowie ein Antragsrecht für den Bad Homburger Integrationsrat in der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlüsse und Ergebnisse des Jugendforums sollen zur Diskussion in den Jugend-, Sozial- und Sportausschuss eingebracht werden.

Mehr Mitbestimmung in der Stadt

Mehr kommunale Demokratie bedeutet auch, demokratische Grundrechte in der Kommune zu fördern und zu verwirklichen. Dem dienen u. a. verstärkter Datenschutz bei der städtischen Verwaltung, stärkere Beachtung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern z. B. bei Stellenbesetzungen, bei der Konzeption von Formularen usw., mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund durch eine Aufwertung und Stärkung des Integrationsrates, die Einrichtung eines beweglichen Wahlvorstandes, um etwa Bewohner in Altenheimen oder Patienten im Krankenhaus die Möglichkeit zur Urnenwahl zu geben.

Demokratische Informationskultur fördern - auch im Internet

Die Innovationen der Kommunikationstechnologie eröffnen neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Wir möchten diese Partizipationsmöglichkeiten nutzen und ausbauen. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger einladen, über das Internet mitzuentwickeln und mitzuplanen. Die Nutzung der Möglichkeiten des Internets folgt dabei den Leitlinien Teilhabegerechtigkeit, Nachhaltigkeit und informationeller Selbstbestimmung.

Die Nutzung digitaler Kommunikation ist noch nicht in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verwirklicht. Die kommunale Verwaltung muss diesen Prozess annehmen und in effizientes und bürgernahes Handeln umsetzen.

Sport

Großsporthalle auf dem Vickersgelände

Gemeinsam mit dem HTK soll auf dem Vickersgelände eine Großsporthalle errichtet werden.

Sporthalle Gonzenheim

Die neue Halle in Gonzenheim soll auf dem Sportplatz Lange Meile errichtet werden. Hierbei wird der Erhalt von freien Sportflächen auf dem Sportplatz Lange Meile sichergestellt. Die genauen Proportionen sind mit allen Nutzern abzustimmen. Die Sporthalle an der Pappelallee ist damit entbehrlich.

Sporthalle Accadis

Hinsichtlich der Sporthalle Accadis soll mit dem Bauherrn ein Konzept entwickelt werden, bei dem die Stadt das städtische Grundstück und einen Baukostenzuschuss von 30 % einwirft. Im Gegenzug soll die Stadt ein Nutzungsrecht ab 17 Uhr erhalten, um somit eine notwendige Ergänzung des Ober-Eschbacher Hallenangebots zu erhalten.

Taunus Baseball Park

Der Taunus Baseball Park soll komplettiert werden (Dug-Outs, Umkleiden und Sanitärtrakt). Weitere Maßnahmen sind derzeit nicht erforderlich.

Bad Homburger Bomber

Den Bad Homburger Bombern sollen für ein Vereinsheim als Zwischenlösung Container am Sportplatz Massenheimer Weg zur Verfügung gestellt werden.

Albin-Göhring-Halle

Die Albin-Göhring-Halle erhält keinen Anbau. Es wird mittelfristig ein Neubau angestrebt. Kurzfristig soll die Halle saniert werden (Sanitärtrakte, Toiletten, Duschen, Heizung, Fenster und Fassade)

Kunstrasenplatz in Ober-Eschbach

Ein Kunstrasenplatz in Ober-Eschbach wird zunächst nicht gebaut, allerdings auch nicht ausgeschlossen, da die Stadt über keinerlei Flächen für ein solches Projekt verfügt.

Erweiterung Feri Sportpark

Die gewünschte, weitere Sporthalle der HTG am Niederstedter Weg wird mit 30% nach den städtischen Sportförderrichtlinien gefördert. Das städtische Grundstück wird in Erbpacht zur Verfügung gestellt.

SGK-Halle

Für einen möglichen Hallenanbau soll ein Standort- und Finanzierungskonzept erarbeitet werden.

Sporthallen und Sportplätze

Das Thema Unterhaltung der Sporthallen und Sportplätze sowie die Sportförderrichtlinien sollen in der AG „Finanzen“ erörtert werden.

Personal

Hauptamtliche Dezernenten

Die SPD benennt den Bürgermeister, DIE GRÜNEN den Stadtrat. Die Dezernatzuschnitte werden zwischen GRÜNEN, SPD und dem OB ausgehandelt und vor der Ausschreibung festgelegt

Planungsverband Frankfurt RheinMain

Vertreter der Stadt: Oberbürgermeister Michael Korwisi

1. Vertreter: Holger Fritzel (er scheidet zu Gunsten des Bürgermeisters aus, sobald dieser gewählt ist).

2. Vertreter: Bardo Röhrig

Regionale Planungsversammlung Südhessen

Vertreter: Bardo Röhrig

Stellvertreter: Oberbürgermeister Michael Korwisi

Daniela Kraft
für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bardo Röhrig

Jürgen Stamm
für die Fraktion der SPD

Elke Barth

Armin Johnert
für die Fraktion der BLB

Beate Fleige

Holger Fritzel
für die Fraktion der NHU

Norbert Tommek